

EINE VERGESSENE PERSPEKTIVE?
ANMERKUNGEN ZU MIGRATIONSPROZESSEN
IN DEUTSCHLAND ANHAND AUSGEWÄHLTER
PUBLIKATIONEN

Von K. Erik Franzen

Einwanderungsland ohne Einwanderungsgesetz: auf diese schlüssige und auf ein Manko hinweisende Formel läßt sich auch und gerade heute die Einwanderungspolitik der Bundesrepublik Deutschland bringen. Millionen von Zuwanderern verschiedenster Nationalitäten haben das Gesicht dieses Staates seit seiner Konstituierung geprägt. Im deutschen kollektiven Gedächtnis entdeckt man jedoch nicht selten, daß der Beginn dieser bis heute andauernden Migrationsprozesse – die gewaltsame Vertreibung und zwangsweise Aufnahme von zwölf Millionen deutschen Flüchtlingen und Vertriebenen – nicht mitgedacht wird. Eine vergessene Perspektive, eine vertane Chance?

Wanderungsprozesse als weltweite Phänomene

Man muß sich schon ein wenig anstrengen, um nicht durch die ständige Wiederholung oder Variation des immer gleich scheinenden Themas in seiner Wahrnehmung abzustumpfen. Die Nachrichtenagenturen berichten täglich von entwurzelten Menschen, die auf der ganzen Welt freiwillig oder unter Zwang ihre Heimat aufgeben. Meistens mit nur wenig Gepäck verlassen Einzelne oder große Gruppen ihr gewohntes Lebensumfeld und haben oftmals nichts als die bloße Hoffnung auf ein besseres Leben als Startkapital in einer für sie fremden, neuen Umgebung. Das ist heute nicht anders als zu früheren Zeiten.

Bevölkerungsverschiebungen, -transfers, Umsiedlungen, Vertreibungen: die Liste der Vokabeln, die die großen Migrationsströme des gerade zu Ende gegangenen Jahrhunderts und ihre jeweiligen Charakteristika markieren, ließe sich noch erheblich verlängern. Vokabeln, die als *terminus technicus* in ihrer manchmal verharmlosenden, kalten Umschreibung zynisch wirken können. Der Begriff des „Jahrhunderts der Flüchtlinge“ hat sich aber sowohl in der *scientific community*, als auch in einer breiteren Öffentlichkeit als „kleinster gemeinsamer Nenner“ nach und nach zu einem Signum der Geschichte der letzten einhundert Jahre manifestiert. Und dafür gibt es gute Gründe.

Erstmals wurde im Lausanner Vertrag von 1923 die Form der Zwangsumsiedlung – in diesem Fall von Griechen und Türken aus dem jeweils anderen Staat – vertraglich vereinbart. Hier einigte man sich also ganz offiziell über die Anerkennung eines menschenverachtenden Instruments. Das scheinbar gelungene „Bevölkerungsexperiment“ riefen sich von da an Politiker immer wieder gerne als Mittel

der „Entmischung“ ins Gedächtnis, wenn es galt, national inspirierte Konflikte zu lösen.

Bereits in den Balkankriegen von 1912/13 hatte – wenn auch ohne vertragliche Regelung – der Trend eingesetzt, die Schaffung homogener Nationalstaaten anzustreben, ein Trend, der sich nur allzu schnell zum bevorzugten Szenario bei Minderheitenkonflikten entwickelte. „Völker auf dem Wege ...“: so nannte Gotthold Rhode bereits 1952 seine Studie über die Gruppenwanderungen in Europa seit 1917.

Das „Verschieben“ von Menschen und Grenzen

Was passieren kann, wenn autoritäre Regimes diese „chirurgische Lösung“ bevorzugen, haben Millionen von Menschen dann in der Jahrhundertmitte schmerzhaft erfahren müssen: Hitlers wahnsinnige Vision eines „Großdeutschen Reiches“ unter rassenpolitischen Vorzeichen zwang zunächst Hunderttausende sogenannte „Volksdeutsche“ in Osteuropa zur Umsiedlung in das durch die Kriegserfolge sich schnell erweiternde Deutsche Reich. Dazu kamen „Ansiedlungsexperimente“ vor allem mit der polnischen Bevölkerung im Generalgouvernement. Der Holocaust an den europäischen Juden während des Zweiten Weltkrieges kennzeichnete den tragischen Höhepunkt der gnadenlosen „Bevölkerungspolitik“ des deutschen Diktators. Im sowjetischen Machtbereich waren Deportationen 1931/32 im Rahmen der Zwangskollektivierung und in besonderem Umfang seit 1941 Teil der staatlich gelenkten Politik, die auf das Schicksal von ethnischen Minderheiten keine Rücksicht nahm: Deutsche, Polen, Balten, um nur einige zu nennen, wurden Opfer dieser rigiden und gewaltsamen Instrumentalisierungen.

Flucht, Vertreibung und Integration kennzeichnen die verschiedenen Etappen der massenhaften Zwangswanderung der Deutschen zwischen 1945 und 1947 von Osten nach Westen. Dieser alle bisher gekannten Ausmaße sprengende Vorgang – vielfach als direkte Antwort auf Hitlers Gewaltpolitik verstanden – veränderte sukzessive, aber massiv die im Wiederaufbau befindliche demographische Struktur Nachkriegsdeutschlands. Betroffen waren sowohl die SBZ/DDR als auch die westlichen Besatzungszonen und die spätere Bundesrepublik. Betrachtet man diesen Vorgang, gilt es, eine kontraproduktive Verengung des Blickwinkels zu vermeiden und vergleichende Untersuchungsobjekte in die Betrachtung einzubeziehen.

Die Vorgeschichte der Vertreibung der Deutschen: Die Mühen des Vergleichs

Als erstes Objekt bietet sich die Vorgeschichte der Vertreibung bis 1945 an. Unterzieht man sich dieser Mühe, wird schnell klar, wie inhaltlos die Rede von „den deutschen Vertriebenen“ eigentlich ist: zu groß sind die Unterschiede z. B. zwischen einem Deutsch-Balten und einem Rumäniendeutschen in kultureller, historischer und politischer Hinsicht. Hier zu differenzieren, in vergleichbarer Form eine Darstellung der wichtigsten Strukturmerkmale zu liefern, durch welche die nach dem Zweiten Weltkrieg Vertriebenen in ihren Herkunftsländern geprägt worden sind, macht sich das zweibändige Handbuch „Die Vertriebenen vor der Vertreibung“ zur Aufgabe. Berücksichtigt werden in jeweils gleich gegliederten Länderkapiteln die „Reichsgebiete“, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, die

baltischen Länder sowie Rußland/Sowjetunion. Neben den „Reichsdeutschen“ in den ehemaligen Ostgebieten wird der Gruppe der in der Tschechoslowakei lebenden Deutschen der meiste Platz eingeräumt.

Ein Handbuch muß komprimieren, Informationen selektieren, bündeln und nachvollziehbar aufbereiten. Das gelingt den Autoren des Werkes, das Teil des Forschungsprojekts „Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge“ ist, in weiten Teilen sehr gut, auch aufgrund der strukturellen Darstellungsweise, die auf erzählerische Momente verzichtet. An den jeweils vorangestellten landeskundlichen Teil schließt sich das zentrale politische Kapitel unter besonderer Berücksichtigung der Deutschen im Lande an. Wirtschaft, Schulwesen, Kultur und Religion bilden die weiteren Ebenen der Länderkapitel.

Walter Ziegler, der Herausgeber des 1100-seitigen Werkes, bezeichnet es als Grundgedanken der Publikation, das „geschichtliche Schicksal (der Ostvertriebenen) vor der Vertreibung zu dokumentieren“ (S. 4). Besteht unter diesen Vorzeichen nicht die Gefahr, die Perspektive unnötig einzuschränken? Vor der Vertreibung gab es keine Vertriebenen: der Titel des Buchs hat Wortspielcharakter, er verwirrt mehr, als er erleuchtet. Wenn man als Historiker quasi die Vertreibung prämissenhaft mitdenkt, schreibt man dann nicht zumindest im Unterbewußtsein auf etwas hin, das aus der Zeit vor der Vertreibung nur schwer abzulesen ist? Hätte nicht alles auch anders ablaufen können?

In seinen „allgemeinen Betrachtungen zum Deutschtum im Osten“ – einem historischen Rückblick vom Mittelalter bis zum Zweiten Weltkrieg – entwirft Ziegler ein Szenario, das die „Deutschen im Osten“, besonders im 20. Jahrhundert, tendenziell als unbeteiligte Objekte der Geschichte darstellt. Dieser Topos der vom Nationalismus beziehungsweise Nationalsozialismus Infizierten, die fehlgeleitet wurden, führt jedoch in die Irre, weil damit das Prinzip der Verantwortung verharmlöst wird. Gefährlich wird es im Einzelfall, wenn bei der Berücksichtigung der NS-Zeit der Tschechoslowakei im Gegensatz zu Polen unterstellt wird, sie hätte keinen Grund – also nicht einmal „Rache“ (S. 35) – für die Vertreibung der Deutschen gehabt.

Doch zurück zu den einzelnen „Heimatländern der deutschen Vertriebenen“, wie es im Untertitel heißt. Heimatland Böhmen zum Beispiel? In drei chronologisch strukturierten Abschnitten des zentralen Kapitels „Politische Entwicklungen – Habsburgermonarchie, Erste Tschechoslowakische Republik, 1938 bis 1945“ – wird auf 25 Seiten einschließlich Tabellen, Karten und ausführlichen Literaturhinweisen ein Überblick geboten, der wegen der Knappheit der Abhandlung nur cursorisch ausfallen kann. Dennoch gelingt es Ziegler hier, die historisch markanten Punkte der „Konfliktgemeinschaft“ der in Böhmen und Mähren lebenden Deutschen und Tschechen zu beschreiben und zumeist ausgewogen zu bewerten. Leider wird nicht ganz deutlich, ob und wie der Autor den historischen Rückblick bis vor die Ereignisse des Jahres 1848 verwendet, um zu erklären, warum es 1945–1947 zur Vertreibung der Sudetendeutschen kam. Sicherlich kommt dem gewachsenen und teilweise gespannten Verhältnis von Tschechen, Deutschen und Sudetendeutschen eine wichtige Rolle zu, wenn man die Umstände der Zwangsmigration verstehen will. Daraus rückwirkend eine Ereigniskette zu konstruieren, anhand derer sich fast naht-

los und notwendig „das Scheitern der Verständigung“ und seine Kulmination in der Vertreibung verfolgen läßt, wäre jedoch höchst zweifelhaft.

Dennoch: bei aller Kritik erlaubt das gesamte Werk – mit sehr anschaulichem Kartenmaterial ausgestattet – den noch nicht mit den Herkunftsländern der deutschen Vertriebenen Vertrauten einen schnellen und in der Breite aller Themen umfassenden Einstieg.

Polnische Vertriebene

Um der weiter oben angesprochenen Perspektivverengung durch die Betrachtung einer Vergleichsebene auszuweichen, gibt es eine naheliegende Möglichkeit: die parallele Untersuchung zweier Gruppen von Vertriebenen. Philipp Ther hat dies in seiner Dissertation über „Deutsche und polnische Vertriebene“ beispielhaft umgesetzt. Besonders das menschliche Leid und die zum Teil hohen materiellen Verluste kennzeichneten sowohl die Vertreibung der Deutschen als auch die der Polen. Ther zögert nicht, auch die aus Ostpolen nach Westen zwangsumgesiedelten Menschen als Vertriebene zu bezeichnen. Im Gegensatz zu vielen Autoren verschiedenster Herkunft wagt er sich nämlich an den Versuch, die Begriffsbildung der Zwangsmigrationsprozesse zu untersuchen. Das Ergebnis: „Vertreibung ist eine erzwungene Form von Migration über Staatsgrenzen hinweg. Die von ihr Betroffenen werden unter mittelbarem oder unmittelbarem Zwang dazu genötigt, ihre Heimat zu verlassen. Vertreibung ist unumkehrbar und endgültig“ (S. 99). Mit dieser Definition hat Ther sich umgehend den Unmut von Vertretern der Vertriebenenorganisationen zugezogen. Sie argumentieren, im Falle der Polen habe es sich lediglich um Umsiedler gehandelt, noch dazu meist um freiwillige. Aber der Autor kann nicht nur diesen Einwand entkräften, da es sich auch in Polen um einen mittelbaren Zwang zum Verlassen des Wohnortes handelte. Vielmehr gelingt es ihm eindrucksvoll, neben grundsätzlichen Gemeinsamkeiten auch die nicht geringen Unterschiede der beiden Vertreibungsvorgänge herauszuarbeiten. So begann dieser in Polen mehrstufige Prozeß in den Ostgebieten bereits 1940 mit der Deportation von mehr als 200 000 Menschen vorwiegend nach Sibirien, die nach 1945 nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren konnten.

Unabhängig von der unterschiedlichen Art und Weise des ausgeübten Zwangs besaßen alle gewaltsamen „Bevölkerungsverschiebungen“ im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg eine Gemeinsamkeit für die Betroffenen: die im Sinne der Potsdamer Erklärung angemahnte „ordnungsgemäße und humane“ Realisierung konnte allein schon deshalb nicht gewährleistet werden, da bei fast allen Gütern Versorgungengpässe herrschten und die kriegsbedingten Zerstörungen die Infrastruktur schwer beeinträchtigt hatten.

Die Vertreibung von Polen und Deutschen bedeutete den massivsten Eingriff in die Bevölkerungsstrukturen Ostmitteleuropas seit der Besiedlung dieses Raumes. Nicht nur die Vertriebenen, auch die Kulturräume selbst haben Verluste erlitten, die zum Teil bis heute nicht kompensiert werden konnten.

Philipp Ther berichtet aber nicht nur über die Vertreibung, diese bildet eher die Vorgeschichte zu seinem eigentlichen Anliegen, der Analyse der Politik gegenüber

den Vertriebenen sowie des Verhältnisses zwischen den Vertriebenen und den übrigen Bevölkerungsgruppen nach der Ankunft in der „zweiten Heimat“. Im Vergleich der Politik gegenüber den Vertriebenen in der SBZ/DDR und denen in Polen zeigten sich in der Anfangszeit elementare Überschneidungen: während es zunächst überall schnell gelang, ein relativ gut funktionierendes Netz von Unterkünften aufzubauen, weitergehenden Wohnraum bereitzustellen und die Vertriebenenlager zügig aufzulösen, existierten keine Konzepte zur Behebung langandauernder Probleme. Das Scheitern der als Integrationsfaktor gedachten Einbindung der Vertriebenen in die landwirtschaftliche Strukturreform beider Länder mag dafür ein einprägsames Beispiel sein.

Am Ende seines dritten Kapitels vermutet Ther zurecht, daß man die Begegnungen zwischen Einheimischen und Neuhinzugekommenen in beiden Fällen auch als „endlose Folge von Streit, Auseinandersetzungen, Vorurteilen und Stereotypen“ (S. 320) zu lesen vermag. Das kann man tatsächlich so machen, wenn man die auch anzutreffenden, eher seltenen Beispiele des freundlichen Aufeinanderzugehens zwischen beiden Gruppen nicht unterschlägt. Daß diese eher rar sind, liegt eben auch an der nicht vorhandenen gemeinsamen Geschichte, besser der Vorgeschichte der beiden Bevölkerungsteile. Man konnte viele der vergangenen Erlebnisse und Erfahrungshorizonte nicht miteinander teilen: Vertriebenengeschichte läßt sich in dieser Phase vorwiegend als Konfliktgeschichte deuten. Das war nicht immer so.

Sichtblenden

Die Flüchtlings- beziehungsweise Vertriebenenforschung im Westen betonte in den fünfziger Jahren nämlich vorwiegend die Leidensgeschichte der Betroffenen, während es im Osten überhaupt keine Forschung zu diesem Thema gab. Hier waren also die deutschen Opfer des Krieges, neben den Bombengeschädigten der sichtbare Ausdruck erlittenen Unrechts: Aufrechnungen gegen die andersnationalen und jüdischen Opfer der vergangenen Jahre gehörten zum offenen oder leise mitschwingenden Ton der deutschzentrierten Untersuchungen. Sozioökonomische Analysen und statistisch angelegte Arbeiten dominierten die sechziger Jahre in der Bundesrepublik und dokumentierten die angeblich schnellen Erfolge des „Wirtschaftswunderlandes“. Wer sich zur Zeit der Entspannungspolitik mit der Vertreibung beschäftigten wollte, wurde selbst ins Fahrwasser der „Ewiggestrigen“ geworfen: wenige schwammen hier gegen den *mainstream*, die jungen Wissenschaftler wandten sich den Themen ihrer Generation zu. Erst gegen Ende der achtziger Jahre öffneten sich verschiedene sozialwissenschaftliche Disziplinen verstärkt dem Thema Zuwanderung.

Ther liegt mit seiner Arbeit genau im Trend einer sich seit den neunziger Jahren mit ungeheurem Schwung etablierenden interdisziplinären Integrationsforschung. Während Forschungsarbeiten und Quelleneditionen zur Vertreibung der Jahre 1945–1947 erst langsam wieder aus einem manchmal unverständlichen und langanhaltenden Dornröschenschlaf erwachen, hat der Beobachtungszeitraum der fünfziger und sechziger Jahre eine enorme Zuwendung gerade von jüngeren Wissenschaftlern erfahren. Dieses Phänomen liegt nicht nur an dem bis dahin noch weit

offenen Forschungsfeld, sondern auch am Selbstverständnis einer Generation von Wissenschaftlern, die ihre Kraft zunehmend der Geschichte des Staates widmen, in dem sie aufgewachsen sind und der sie geprägt hat. Die sichtbar hohe Frequenz von Tagungen zum gesamten Gebiet der Migrationsforschung schlägt sich in zahlreichen Sammelbänden nieder. Von drei aus der Masse herausragenden Bänden soll nun die Rede sein.

Integration und Migration

Was können wir unter Integration verstehen, gibt es verschiedene Formen, ist Integration dasselbe wie Eingliederung? Für das Verständnis des Gesamtzusammenhanges ist es am fruchtbarsten, Integration als Prozeß zu interpretieren, der durch Alt- und Neubürger gemeinsam gestaltet wurde und wird. Wechselseitig beeinflusst integrierten sich sozusagen beide Gruppen in eine neue Zeit, in eine neue Welt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, da das feste Gefüge der Zugangsgesellschaft vielfach erschüttert worden war. Auseinandersetzungen um Besitz und Status bestimmten die gegenseitigen Beziehungen, bevor der einsetzende Alltagspragmatismus erste Verschmelzungsprozesse hervorrief.

Den „Mythos der schnellen Integration“ widerlegten die neueren Untersuchungen also zuerst. In den beiden Sondernummern des Instituts für Zeitgeschichte, „Geglückte Integration?“ und „Vertriebene in Deutschland“, die anlässlich zweier aufeinanderfolgender Tagungen Ende der neunziger Jahre gleichsam Bilanz eines aufregenden Forschungsjahrzehnts ziehen, offenbart sich eine vorurteilsfreie Sichtweise auf den Integrationsprozeß, die trotz der im Nachhinein überwiegend erfolgreichen Eingliederung Konflikte der Anfangszeit nicht ausblendet.

Die sozialen Probleme der Vertriebenenintegration werden von den Autoren explizit benannt: die anfangs scheinbar unüberwindbaren Wohnraumnöte in allen Besatzungszonen, die ebenfalls problematischen Lebensverhältnisse. Besonders ergiebig haben sich vergleichende Studien über Vertriebene in ländlichen Regionen erwiesen, den Gebieten also, in denen die meisten der Neuhinzugekommenen eine erste Aufnahme fanden.

Lange Zeit haben viele der Erlebnisträger geschwiegen. Die zum Teil während der Flucht oder Vertreibung erlittenen Traumata wurden eingesperrt. Psychoanalytisch inspirierte Studien belegen, daß auch im Fall der Vertriebenen unverarbeitet gebliebene Konflikte zur Last der Kinder werden, da diese sich mit der vergangenen Geschichte der Eltern identifizieren und damit überfordert sind.

Ein erhebliches Verdienst der neueren Flüchtlings- und Vertriebenenforschung kommt daher den auch in den Sammelbänden des Instituts für Zeitgeschichte veröffentlichten Oral-History-Untersuchungen zu. Lebensgeschichtliche Interviews bringen den Einzelnen zum Reden und sind eine notwendige Ergänzung der den schriftlichen Quellen zu entnehmenden Informationen. Das erste auffällige Ergebnis: die Rede von „den Vertriebenen“ läßt sich nicht aufrechterhalten, da der Grad an Differenzierung extrem hoch ausfällt. Nicht nur die – oben gezeigte – unterschiedliche kollektive Vorgeschichte, sondern neben individuellen auch unterschiedliche strukturelle Faktoren lassen eine solche Gesamtklassifizierung nur in den seltensten Fällen angemessen erscheinen. Entscheidend für den Prozeß des Einlebens in

eine neue Zeit und Welt war dabei die Lebensphase zum Zeitpunkt der geschichtlichen und biographischen Umbruchsituation: die Jüngeren hatten eindeutig die besten Chancen sich in emotionaler, sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht in der neuen Heimat zurechtzufinden.

Wirtschaftlichen Aspekten wird in den beiden Publikationen – analog zur Forschungslandschaft – großes Interesse entgegengebracht. Besonders die als Integrationsmaßnahme gedachten – und in dieser Absicht letztlich gescheiterten – Bodenreformprogramme in der SBZ/DDR beziehungsweise in Polen finden Beachtung. Ähnliche Aufmerksamkeit erlangt der Industriesektor, der in seiner Funktion als Integrationsfaktor insgesamt erfolgreich war. Für Ost und West gilt hier: der Sogwirkung von der Arbeitslosigkeit auf dem Lande hin zur Arbeit in den Städten konnten sich weder Einheimische noch Vertriebene entziehen. Gut untersucht sind zum Beispiel inzwischen große Produktionsstätten, insbesondere der Automobilindustrie, bezüglich ihres Integrationspotentials. Die Binnenwanderung zu diesen Arbeitsplätzen stellte mithin einen gewichtigen Beitrag zur endgültigen Sesshaftwerdung der Neuankömmlinge dar. Noch lange nicht erschöpft, gibt es doch inzwischen eine ganze Reihe anregender Mikro- und Makrostudien zu sozioökonomischen Themen.

Die verschiedenen politischen Systeme und ihre spezifische Integrationspolitik gelten, zumindest was die zentralen regionalen und überregionalen Entscheidungsebenen angeht, inzwischen als hinlänglich erforscht. Die jeweiligen Konzepte der Besatzungsmächte in Ost- und Westdeutschland sind genauso bekannt wie die Maßnahmen in der DDR und der BRD: der Ablehnung und Stigmatisierung bei der eingessenen Bevölkerung den „Neuen“ gegenüber entsprach zunächst die im Sinne von Assimilation geforderte Verschmelzung beider Gruppen zu einer homogenen Struktur. Ein latenter Unruheherd – als solchen stellte man sich die Vertriebenen vor – sollte von vornherein verhindert werden, so dachten die Gewinner des Krieges.

Während in der SBZ/DDR das Problem der dort als „Umsiedler“ apostrophierten Migrantengruppe bereits Anfang der fünfziger Jahre als erledigt dekretiert worden war, waren die sich immer stärker politisch ausrichtenden landsmannschaftlichen Vereinigungen in der Bundesrepublik als Partner im antikommunistischen Wertewettstreit willkommen. An ihnen, den deutschen „Vorzeigepfern“, ließ sich die stets öffentlich proklamierte Boshaftigkeit der Weltmacht hinter dem Eisernen Vorhang bestens demonstrieren. Nach und nach entwickelten sich zum Teil inszenierte Klientelbeziehungen zwischen Vertriebenenorganisationen und Landesregierungen in Form von sogenannten Patenschaftsbeziehungen, die im Fall der Schirmherrschaft Bayerns über die Sudetendeutschen bis heute politisch wirken.

Als eine wichtige Entwicklung bleibt festzuhalten, daß nicht mehr nur politikhistorische, sondern auch sozial- und alltagsgeschichtliche Fragestellungen in den neunziger Jahren an Einfluß innerhalb der Flüchtlings- und Vertriebenenforschung gewonnen haben: dieser Befund ist in den genannten Veröffentlichungen des Instituts für Zeitgeschichte deutlich sichtbar.

Die neuen Fremden

Doch die erste, große Migrationswelle der deutschen Vertriebenen steht nicht allein in der Geschichte des Einwanderungslandes Bundesrepublik Deutschland. In den sechziger Jahren folgten die Arbeitsmigranten aus den Ländern Süd- und Südosteuropas, die den wirtschaftlichen Aufschwung wesentlich mitgetragen haben. Während sowohl die staatlichen Stellen, als auch die Migranten selbst zunächst eine Rückkehr in ihre Heimat geplant hatten, entwickelte sich mit fortdauerndem Arbeitsaufenthalt vielfach ein anhaltender Einwanderungsprozeß. Familiennachzug oder Familiengründung in der neuen Gesellschaft waren oft die entscheidende Stufen bei der Seßhaftwerdung. Die mit dem Zustrom von Migranten verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen finden heute unter dem Einfluß einer weiteren Migrationsbewegung von Asylsuchenden, Bürgerkriegsflüchtlingen, Aussiedlern etc., ihre Fortsetzung. Diesen Zusammenhang in vergleichender Perspektive systematisch zu erforschen, ist Aufgabe der interdisziplinären historischen Migrationsforschung, die gegenwärtig eine Blüte erlebt. Zahlreiche Veröffentlichungen künden von einer Vielfalt methodischer Ansätze, neu gestellter Fragen und neuer theoretischer Erkenntnisse. So auch in dem Sammelband „50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderungsland“. Die Beiträge des schwerpunktmäßig historisch orientierten Bandes thematisieren die beiden ersten großen Zuwanderungsbewegungen in der Bundesrepublik. Die durchaus verschiedenen Eingliederungsverläufe werden ausführlich beschrieben, wobei auch die Unterschiede in der gesellschaftlichen Wahrnehmung des Phänomens einer privilegierten, weil deutschen Zuwanderung und einer nicht-privilegierten, weil nicht-deutschen Zuwanderung deutlich hervortreten. Betrachtet man die Überlappung der zumeist sozialhistorischen Frageweisen, scheint es fast so, als hätten sich Flüchtlings- beziehungsweise Vertriebenenforschung und die ebenfalls erfreulicherweise von einer jungen Generation angegangene Beschäftigung mit der Arbeits-, Aussiedler- und Asylthematik wechselseitig stimuliert und gemeinsam horizontenerweiternd gewirkt.

Einwanderungsland mit Vergangenheit

Dem sozialen Mythos der komplikationslosen, schnellen Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in der Nachkriegszeit folgte der politische Mythos, Arbeitswanderungen seien Interimspänomene ohne tiefgreifende gesellschaftliche Auswirkungen: die „Ausländer“ als „Gäste“. Beide Mythen als solche entlarvt zu haben, ist das Verdienst einer wissenschaftlichen Diskussion, die hoffentlich in ihrer methodischen wie thematischen Frische eine Fortsetzung findet.

Angesichts der sich in den neunziger Jahren verdichtenden Auseinandersetzungen um die endlich zu definierende Zuwanderung nach Deutschland im Kontext von Arbeits-, Asyl- und Spätaussiedlerpolitik scheint es fahrlässig, die gewonnenen und auch heute noch relevanten Erfahrungen im Zusammenhang mit Flucht und Vertreibung im öffentlichen Diskurs zu übersehen. Die Wissenschaft ist in dieser Hinsicht gerade einen Schritt voraus. Ein Land, dem es gelungen ist, zwölf Millionen in Ost und West überwiegend als Fremde empfundene Deutsche mit der einheimi-

schon Bevölkerung insgesamt sozial verträglich zu verbinden, könnte und sollte mit gutem Beispiel vorausgehen, was eine geregelte und für alle Seiten faire Aufnahme und Integration von Zuwanderern angeht. Vielleicht hilft dabei einfach die Einsicht, daß Erfolge oft nicht schmerzfrei zu erreichen sind.

Das von der Wissenschaft aufbereitete Instrumentarium hat inzwischen ein festes Fundament entwickelt und verfeinert sich ständig. Die Wissensvermittlung an breitere öffentliche Schichten läßt allerdings noch immer zu wünschen übrig, gerade in den Kulturwissenschaften. In den Naturwissenschaften hat sich eine Bewegung mit dem Namen „Public Understanding of Science“ etabliert, die, bei aller Vorsicht in der Bewertung, zumindest geistige Schranken wegzuräumen hilft.

Besprochene Publikationen:

- Die Vertriebenen vor der Vertreibung. Die Heimatländer der deutschen Vertriebenen im 19. und 20. Jahrhundert: Strukturen, Entwicklungen, Erfahrungen. Hrsg. v. Walter Ziegler. 2 Bde. München 1999. (Die Entwicklung Bayerns durch die Integration der Vertriebenen und Flüchtlinge).
- Ther, Philipp: Deutsche und polnische Vertriebene. Gesellschaft und Vertriebenenpolitik in der SBZ/DDR und in Polen 1945–1956. Göttingen 1998. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 127).
- Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenenengliederung in der SBZ/DDR. Hrsg. v. Dierk Hoffmann und Michael Schwartz. München 1999. (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte – Sondernummer).
- Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven. Hrsg. v. Dierk Hoffmann, Marita Krauss und Michael Schwartz. München 2000. (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte – Sondernummer).
- 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte. Hrsg. v. Jan Motte, Rainer Ohliger und Anne von Oswald. Frankfurt/Main 1999.